Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

225 (26.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 8:9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 225 | **Montag, den 26. September 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im Völkerbundsrat wurde die Behandlung der mandschurischen Frage auf eine Sitzung im November vertagt.

*

Die Besprechungen zwischen dem englischen und deutschen Außenminister über die Abrüstungsfrage haben ein Ergebnis nicht erzielt und sind abgebrochen worden.

*

Der Reichsarbeitsminister warnt in einer Unterredung vor Politisierung der Wirtschaftskonflikte

*

Für Montag wird die Rede des Reichsernährungsministers in München erwartet, in der die Frage der Kontingente und Zinssenkung nach den Beschlüssen des Kabinetts bekanntgegeben werden soll.

*

Herriot hielt in Gramat eine große politische Rede, in der er sich hauptsächlich mit der Gleichberechtigung Deutschlands beschäftigte und die Bemühungen Frankreichs um den Frieden klarlegte.

*

Ein Urteil gegen Nationalsozialisten in Brünn ist als tschechisches Haßurteil zu betrachten.

*

Die württembergische Regierung will ab 1. Oktober als Notverordnung die Schlachtsteuer einführen.

*

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, die die völlige Uebereinstimmung aller Vertreter in den politischen Tagesfragen ergab.

*

Reichstagspräsident Göring hielt in Heide (Schl.-Holst.) eine Wahlrede gegen die Regierung Papen.

*

Bei Auflösung eines kommunistischen Umzuges in Köln-Kalk kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Kommunist wurde getötet, zwei Polizeibeamte erlitten Verletzungen; 20 Personen wurden verhaftet. Bei einem kommunistischen Ueberfall auf Nationalsozialisten wurden zwei N.S.D.A.P.-Mitglieder verletzt. In Frankfurt M. wurde ein Nationalsozialist von Kommunisten niedergestochen.

*

Das Münchener Oktoberfest hat einen so großen Andrang aufzuweisen, daß die Bierpaläste wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußten.

*

Der Weberstreik in Lancashire, an dem 200 000 Textilarbeiter beteiligt waren, ist nunmehr beigelegt worden. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit ist am Mittwoch zu rechnen.

Die Ratssitzung vom Samstag

China-Konflikt bis November vertagt

Genf, 25 Sept. Der Völkerbundsrat erledigte die letzten Vorbereitungen für die **Entlassung des Irak-Staates aus dem Mandatsregime.** Die letzte Bedingung, die der Irak noch zu erfüllen hat, ist der Beitritt zum Völkerbund, der auf der diesjährigen Völkerbundsversammlung vollzogen werden wird. Der Rat nahm weiter einen Bericht über die Vergebung öffentlicher Arbeiten auf internationaler Grundlage entgegen. Mit diesem Plan hat sich ein Sachverständigenausschuß des Völkerbundes, der unter Leitung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft steht in mehreren Sitzungen beschäftigt. Sodann wandten sich die Beratungen erneut dem **chinesisch-japanischen Konflikt** zu. Der Ratspräsident schlug vor, in die von Japan erbetene Fristverlängerung für die Prüfung des Lytton-Berichts einzuwilligen. Der chinesische Botschafter Yen widersprach zunächst der Fristverlängerung. Er wies darauf hin, daß es Japan offenbar nur darauf ankomme, wieder Zeit zu gewinnen. Es wurde beschlossen, den **Völkerbundsrat zum 14. November einzuberufen**, um zu dem Lytton-Bericht Stellung zu nehmen

Die Genfer Vorbesprechungen

Genf, 25 Sept. Die Genfer Besprechungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderungen haben keine Fortsetzung erfahren. Sir John Simon hat der französischen Delegation Mitteilung über seine Unterhaltung vom Freitag mit dem Reichsaußenminister von Neurath gemacht Paul Boncour hat darnach weitere Beschlüsse verschoben, bis Herriot in Genf eingetroffen ist, was am Montag der Fall sein wird Henderson hat am Samstag nachmittag den Besuch des Reichsaußenministers von Neurath erhalten, der ihm persönlich die Gründe dafür auseinandersetzte, warum die Reichsregierung nicht schriftlich auf das letzte Schreiben Hendersons antworten werde. Die Fortsetzung der Gespräche über die Gleichberechtigung bleibt nun bis zur Ankunft Herriots in Genf in der Schwebe.

Große politische Rede Herriots

Paris, 25 Sept. Die Rede, die Herriot am Sonntag in Gramat gehalten hat, begann mit kurzen Ausführungen über die Rentenkonvertierung und die Möglichkeit eines Budgetausgleichs. Außerdem sprach er sich über das Ergebnis von Stresa aus und erklärte, Frankreich nehme gern die dort erzielten Ergebnisse an weil es sie als einen Erfolg seiner Arbeit in Lausanne betrachte.

Herriot ging zur **Außenpolitik** über und führte u a aus: **Der Gedanke der französischen Regierung ist vor allem auf den Frieden gerichtet.** Unser Programm hat nichts Zweideutiges; wir haben dies in unserer Antwort an Deutschland zum Ausdruck gebracht, die trotz aller beabsichtigten Mäßigung mit so viel Leidenschaft aufgenommen wurde. **Wir betreiben die Politik des Völkerbundes, eine Politik, vor der alle Völker, ob groß oder klein, gleichberechtigt sind.**

Wir stellen mit Vergnügen fest, daß wir nicht die einzigen sind, die erklären, daß eine Wiederaufrüstung Deutschlands der Beginn zur Rückkehr zu alten Torheiten sei.

Die Verordnung vom 13. September organisiert die Vorbereitung der deutschen Jugend in einer Weise, daß sie in der Lage ist, die Waffen zu tragen. Es ist eines der traurigsten Kapitel der heutigen Zeit, die junge Generation, die aus der schmerzlichen Erfahrung ihrer Väter hätte Nutzen ziehen sollen, zu Uebungen heranzuziehen und zu Handlungen zu veranlassen, die der Abrüstung und dem Frieden nicht günstig sind. **Wie kann man Kinder die Kunst des Tötens lehren!** Wie kann man ernsthaft das schwere Friedensproblem behandeln und welche Täuschung ist es, fortgesetzt von einer materiellen Abrüstung zu sprechen, wenn man nichts tut, um die moralische Abrüstung herbeizuführen.

Frankreich, das sehr oft verleumdet wurde, kann die Welt zum Zeugen anrufen, daß es seine nationale Erziehung auf andere Ziele einstellt. Aber wir haben noch anderen Anlaß zur Beunruhigung Diese andere Beunruhigung wird in uns wachgerufen durch die offenkundige Absicht zu beweisen, daß Uebereinstimmung zwischen den Forderungen, die gewisse Kreise für gemäßigt halten und den Publikationen militärischer Fachleute besteht, die sich weigern, unser Genfer Glaubensbekenntnis zuzulassen und die den Unterschied den wir zwischen einem Angriffskrieg und einem Verteidigungskrieg machen, verspotten Diese Fachleute, deren Autorität unbestreitbar ist, wollen uns glauben machen, daß Deutschland eine sehr mächtige moderne Armee zu organisieren sucht, die nicht nur für die nationale Verteidigung bestimmt ist was durchaus berechtigt wäre, sondern sich auch für den Angriff eignet.

Das gestaltet das Abrüstungsproblem so dramatisch **Es ist wohl wahr, daß die Alliierten des letzten Krieges versprochen haben, ihre Rüstungen herabzusetzen.** Man vergißt aber zu oft die Präambel zu Teil 5 des Versailler Vertrages und das erläuternde Dokument, das Clemenceau im Namen der Alliierten übergeben hat. Dieses Dokument präzisiert, daß die Abrüstung Deutschlands der erste Schritt zu jener Herabsetzung und allgemeinen Beschränkung der Rüstungen ist, die die gesamten Mächte durchzuführen suchen als eine der besten Mittel, dem Kriege vorzubeugen. Ich glaube in entscheidender Weise in meiner Antwort an Deutschland bewiesen zu haben, daß Frankreich in weitem Maße zur Rettung der Abrüstungskonferenz in den Monaten Juni und Juli beigetragen hat.

Herriot zählte dann alle Maßnahmen auf, die die französische Regierung seit 1921 zur Herabsetzung seiner Rüstungen getroffen hat.

Unter den gegenwärtigen Umständen beabsichtigt Frankreich, seine Doktrin und seine Handlungen auf den uneingeschränkten Respekt vor dem Friedensvertrag und vor dem Völkerbundsstatut aufzubauen. Haßerfüllte Rufe dringen zu uns und man sagt uns daß man den Versuch macht, den Zorn gewisser Völker gegen uns aufzupeitschen. Frankreich hat das Recht, diesen Leidenschaften seine Vernunft, seine Verzichtleistungen und sein Wohlwollen entgegenzustellen. **Frankreich haßt kein Volk. Es könnte heute noch am Rhein stehen.** Vor der Frist hat es Deutschland die freie Verfügung kraft der Verträge über die besetzten Gebiete gegeben. Man hat ihm dafür nicht gedankt. Frankreich, das selbst von der Wirtschaftskrise betroffen ist, muß seine Produktion schützen, aber trotzdem öffnet es den deutschen Waren seine Grenzen und Deutschland hat 1931 in seinem Handelsvertrag mit Frankreich einen Ueberschuß gehabt. Auch dafür dankt man uns nicht. Wir haben das Recht, die Aufmerksamkeit Frankreichs und der Welt auf diese Tatsache zu lenken; aber wir werden uns nicht an den Agitationen beteiligen.

Frankreich, so schließt Herriot, **ist ruhig, abgeklärt, und sich seines guten Gewissens bewußt.** Es erklärt sich bereit, an allen loyalen Abmachungen, die die territoriale und politische Unabhängigkeit aller Nationen sicherstellen. **Es hat nur einen Wunsch, nämlich den, nach der schweren Prüfung die Kinder, die ihm verblieben sind, in Ehren und in Frieden zu erziehen.**

*

Herriot nach Genf abgereist

T.U. **Paris**, 25. Sept. Ministerpräsident Herriot hat sich unmittelbar nach seiner Rede in Gramat im Kraftwagen nach Genf begeben, wo er in den Nachmittagsstunden des Montags eintreffen wird.

Berlin zur Rede Herriots

T.U. **Berlin**, 25. Sept. Die Rede Herriots in Gramat ist, wie in Berliner politischen Kreisen erklärt wird, nicht sonderlich geeignet, die Bemühungen um die Wiederingangsetzung der ins Stocken geratenen Abrüstungsverhandlungen zu fördern. Sie enthält eine ganze Reihe von falschen Behauptungen über Deutschland. Wenn Herriot erklärt, es komme Deutschland nur auf eine Wiederaufrüstung an, so vergißt er, daß von deutscher Seite immer wieder nachdrücklichst erklärt worden ist, Deutschland würde jede Abrüstungsmaßnahme begrüßen, sofern die deutsche Gleichberechtigungsforderung anerkannt würde. Besonders unangenehm berührt haben in Berlin die gehässigen und der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Aeußerungen Herriots über den Zweck des Kuratoriums für Jugendertüchtigung, das bekanntlich keinerlei militärischen Charakter haben soll. Auch die Ausführungen Herriots über die sogenannte moralische Abrüstung fallen angesichts der gerade in letzter Zeit sich häufenden Hetzreden französischer Militärs und Politiker auf Frankreich zurück. Wenn weiter Deutschland sich um die Organisierung seiner Verteidigung innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages bemüht, so hat Herriot nicht das Recht, uns hieraus einen Vorwurf zu machen. Auch der übrige Teil der Rede des französischen Ministerpräsidenten enthält alle möglichen Spitzfindigkeiten, die der Sachlage in keiner Weise gerecht werden und auf die einzugehen sich nicht lohnt, da sie nur eine Wiederholung des hinlänglich bekannten französischen Standpunktes von der nationalen Sicherheit sind, die jeder Abrüstung vorauszugehen habe. Als geradezu lächerlich werden in Berliner politischen Kreisen die Angaben Herriots über die ziffernmäßige Verminderung der französischen Truppenstärke seit dem Kriege bezeichnet. Es ist nicht anzunehmen, daß Herriot von militärischen Dingen so wenig versteht, als daß er nicht wüßte, daß die Motorisierung der französischen Armee in den letzen Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht hat, so daß die Verminderung der Kopfzahl durchaus keinen Ausgleich hierfür bietet. Im Gegenteil hat die Offensivkraft des französischen Heeres durch den Ausbau der militärischen Technik nach Auffassung aller militärischen Sachverständigen stark gewonnen. Die Herbstmanöver der Reichswehr bei Frankfurt haben bewiesen, wie stark ein Heer benachteiligt ist, das auf alle diese technischen Hilfsmittel verzichten muß. Daß die Franzosen für die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, für die Herriot den deutschen Dank vermißt, in Gestalt des Dawesplans bezw. des Youngplans ein außergewöhnlich gutes Geschäft gemacht haben, scheint Herriot ebenfalls vergessen zu haben. Der einzige positive Gedanke in der Rede des französischen Ministerpräsidenten scheint sein Wort vom „neuen Friedensstatut" zu sein. Ob dieser Gedanke vielleicht bei späteren Erörterungen noch eine Rolle spielen wird, dürfte vom Gang der Genfer Verhandlungen abhängen.

Mussolinis Kabinettschef bei Neurath

Unveränderte Haltung Italiens.

T.U. **Genf**, 25. Sept. Der Kabinettschef Mussolinis, Botschafter Baron Aloisi, stattete am Sonntag vormittag dem Reichsaußenminister im Hotel Carlton einen Besuch ab. Die längere Unterredung trug einen ausgesprochen vertrauensvollen und freundschaftlichen Charakter. Die Uebereinstimmung, die zwischen der deutschen und der italienischen Regierung in der grundsätzlichen Haltung zur Abrüstungsfrage besteht, ist in dieser Unterredung von neuem zum Ausdruck gekommen.

Von italienischer Seite wird darauf hingewiesen, daß jetzt erneut die üblichen Störungsversuche von französischer Seite in der Richtung eingesetzt haben, als ob eine Aenderung in der Haltung Italiens denkbar wäre. Demgegenüber verlautet, daß die italienische Abordnung angewiesen ist, den deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage im Falle einer öffentlichen Aussprache weitgehend zu unterstützen. Die italienische Auffassung wird dahin gekennzeichnet, daß die Abrüstungskonferenz jetzt zu einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen gerade der Großmächte führen müsse. Für den Fall eines ergebnislosen Verlaufes der Konferenz könne keinem Staat das Recht auf nationale Sicherheit und Durchführung der hierzu nötigen Maßnahmen bestritten werden. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung wird auf italienischer Seite als juristisch und moralisch einwandfrei bezeichnet.

Die Besprechungen zwischen Simon und Paul Boncour haben nach französischen Mitteilungen bisher nur einen rein informatorischen Charakter getragen, da man auf englischer und französischer Seite mit der Aufnahme der Verhandlungen mit Deutschland erst nach dem Eintreffen Herriots rechnet.

Neurath beabsichtigt vorläufig, Mitte der Woche abzureisen. Die Initiative für eine förderliche Weiterführung der Verhandlungen über die Gleichberechtigungsfrage liegt in Zukunft ausschließlich bei den Vertretern Frankreichs.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der japanische Keulenschlag

Die folgenschwerste Entscheidung nach Versailles

Von Karl Oskar Ruhrbeck

Die lange befürchtete Anerkennung der Mandschurei durch Japan ist Tatsache geworden. Damit steht die Welt vor der folgenschwersten Entscheidung nach Versailles. Dieser falsche Frieden wirkte wie ein echter Krieg mit furchtbaren Schädigungen für uns, gleichzeitig aber auch mit schwersten Erschöpfungszuständen des ganzen, insbesondere des gegen uns kriegführenden Auslandes. Das ist die Lage, aus der Japan zu seiner heutigen Mandschureipolitik gelangte.

Nach dem Weltkriege empfand Japan die Uebermacht des aus dem Weltkriege wirtschaftlich und militärisch riesenhaft gestärkt hervorgegangenen Amerika als so überwältigend, daß es sich zu einer schonenden Politik gegenüber China und sogar zur Beschränkung der Seerüstung zwingen ließ. Infolge der von Amerika verhinderten Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Zusammenhänge der Vorkriegszeit und der sich daraus ergebenden Krisenwirkungen auch für die USA., erschlossen sich Japan die neuen Möglichkeiten einer festländischen Ausdehnungspolitik. Wir erlebten ihre zunächst zögernde und verworrene Wahrnehmung, die in dem blutigen Abenteuer von Schanghai gipfelte. Heute stehen wir vor dem Entschluß von Tokio, auch einem neuen Weltkrieg nicht mehr auszuweichen.

Einige Wochen schien Japan mit der Anerkennung der Mandschurei nur zu liebäugeln. Vermutlich sah es noch Möglichkeiten auf der Grundlage des charakterlosen Genfer Völkerbundes. Für Tokio lag genügend Anlaß zu der Annahme vor, daß der Mandschurei-Ausschuß des Völkerbundes das Recht Chinas unterdrücken und Japan befriedigende Aussichten für die praktische Durchführung seiner mandschurischen Ziele erschließen würde. Der Lytton-Bericht hält sich aber völlig loyal an die Tatsachen, trägt gewaltiges Material über die Mißhandlung Chinas zusammen, verkennt politisch natürlich auch nicht den Zwang für Japan, auf dem ostasiatischen Festland Raum für seinen Bevölkerungsüberschuß und für den Ausdehnungsdrang seiner Wirtschaft zu finden, und rät Genf, dieses Riesenproblem diplomatisch auf den Weg chinesisch-japanischer Verhandlungen abzuschieben. Das heißt für China: Du hast zwar recht, aber Du solltest Dich lieber fügen.

Gerade damit will Japan nicht mehr rechnen. Es fürchtet die Regsamkeit der chinesischen Nationalbewegung, die quantitativ, der Zahl der sie aufrichtig unterstützenden Chinesen nach, geringfügig, qualitativ aber, also dem Eifer und dem Willen ihrer Träger nach, ohne Zweifel beachtlich ist und ständig an Kraft gewinnt. Es fürchte noch mehr die Verschleppung der Entscheidung bis zu dem Zeitpunkt, in dem Amerika und auch England ihre ostasiatischen Belange wieder kraftvoller wahrnehmen können und auch Frankreich seine japanfreundliche Haltung ändern wird.

Der japanische Keulenschlag der Anerkennung des Staates Mandschukuo zertrümmert seine inneren Bindungen zum Völkerbund, vernichtet den nur seinetwegen von Amerika veranlaßten Kriegsächtungspakt und durchschlägt den gordischen Knoten gegen die japanische Ausbreitung, den Neun-Mächte-Vertrag zur Sicherung der chinesischen Grenzen. Tragisch für China, daß dieser Gewaltstreich in einem Augenblick niedersaust, in dem die Nationalbewegung einen festeren Kern zu schaffen schien, um den sich endlich wieder ein innerchinesischer Frieden kristallisieren konnte. Verhängnisvoll für die nationalen Chinesen, daß sie zu spät erwachten. Gegenüber den Kräften, die nunmehr auf den Bestand des chinesischen Reiches drücken, werden sie schwerlich zum Siege gelangen, im günstigsten Falle schwache Möglichkeiten zur Bescheidung auf ein stark verkleinertes chinesisches Südreich behalten.

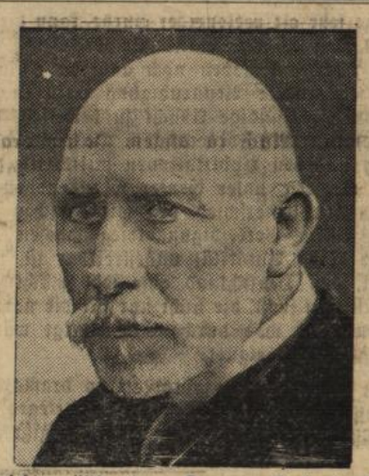
Der mandschurisch-japanische Vertrag überträgt den Japanern die Verteidigung der Sicherheit Mandschukuos und für diesen Zweck die Bereitstellung von so viel Streitkräften, wie Japan sie für erforderlich hält. Mandschukuo erkennt die internationalen Verträge Chinas an, soweit sie für die Mandschurei annehmbar sind. Das gilt sowohl ausschließlich für die alten chinesisch-japanischen Eisenbahn- und Konzessionsverträge. China mobilisiert seine Streitkräfte zur Wiedereroberung der Mandschurei, gleichzeitig aber auch in Erkenntnis seiner Ohnmacht gegenüber dem japanischen Kriegsapparat die Mitgliedsstaaten des Neumächtevertrages und wiederholte seinen Ruf an den Völkerbund. Amerika steht nun vor mehr als dem Worte Stimsons vom Anfang dieses Jahres, daß es keine Grenzveränderung auf chinesischem Boden anerkennen werde. Gegen China setzt sich Japan sicher durch. Unschwer bringt es auch die phantastisch erscheinenden Pläne eines Anschlusses der Aeußeren Mongolei und der Provinzen Dschehol, Schansi, Tschil mit der alten Hauptstadt Peking und Schantung an die Mandschurei in Bewegung. Amerika sieht seine Vorherrschaft im Stillen Ozean, eine unerläßliche Lebensnotwendigkeit, gefährdet. England und Rußland stehen in Asien vor einer ähnlichen Lage. Das gleiche gilt auch für Frankreich. Alle werden kämpfen müssen oder sich — Japan in Ostasien unterwerfen, und das letzte werden sie nicht ohne erheblichen Widerstand tun.

Kämpfe zwischen feindlichen Städten in Aegypten

Kairo, 25. Sept. Zwischen den beiden am Nil gelegenen Städten Sohag und Achmim bestanden seit langem Spannungen, die jetzt zu offenen Feindseligkeiten geführt haben. 3000 Einwohner Achmims haben sich in Schiffen nach Sohag begeben. Zwischen den Einwohnern der beiden feindlichen Städte kam es **zu einem erbitterten Kampf.** Ein großes Polizeiaufgebot ging unter Anwendung von Feuerwaffen gegen die kämpfenden Parteien vor, die sich in wilder Flucht in Sicherheit zu bringen versuchten. Viele der Kämpfer sprangen in ihrer Angst in den Nil. Bei den Zusammenstößen wurden **13 Personen getötet und etwa 100 verletzt.** Die Polizei nahm etwa 50 Verhaftungen vor.

Husarenstückchen auf dem Mukdener Flugplatz

T.U. **Mukden,** 24. Sept. Auf dem japanischen Flugplatz in Mukden wurden am hellen Tage sechs japanische Kriegsflugzeuge von Chinesen gestohlen. Die Chinesen hatten sich als Maler ausgegeben und waren von der Platzwache in die Flugzeugschuppen eingelassen worden. Plötzlich erhoben sich sechs Flugzeuge kurz hintereinander in die Luft. Als japanische Flieger die Verfolgung aufnehmen wollten, mußten sie feststellen, daß die noch vorhandenen Maschinen unbrauchbar gemacht worden waren.



Reichsgerichtspräsident a. D. von Seckendorff gestorben.
Dr. Rudolf Freiherr von Seckendorff, von 1905 bis 1919 Präsident des Reichsgerichts, starb im Alter von 87 Jahren.

Mit der Max Plank-Medaille ausgezeichnet.
Prof. Dr. M. von Laue-Berlin wurde von der 8. Physiker- und Mathematiker-Tagung in Bad Nauheim die Max Planck-Medaille verliehen. Die Medaille erhielten bis jetzt Einstein, Bohr und Sommerfeld.

Feder über das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm

Frankfurt (Main), 24. Sept. Der Wirtschaftspolitiker der NSDAP., Gottfried Feder, stellte Freitag abend hier in einer Wahlversammlung das nationalsozialistische Programm der letzten Verordnung der Regierung von Papen gegenüber. Die nach der letzten Regierungsverordnung geplanten Steuergutscheine bezeichnet Feder als Utopie. Das Volksganze werde von diesen Gutscheinen so gut wie nichts haben. Von noch geringerem Erfolge werde der zweite Teil der Papenschen Verordnung sein, der das Arbeitsbeschaffungskapital darstelle. Der Arbeitgeber, der bis zum letzten Augenblick alles getan habe, um seine Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen, werde stark benachteiligt. Dagegen werde der Arbeitgeber, der sofort beim Nachlassen der Beschäftigung seine Leute auf die Straße gesetzt habe, für sein unsoziales Verhalten belohnt. Demgegenüber erläuterte Feder das Programm der NSDAP., dessen oberster Grundsatz „Arbeit schafft Geld" sei. Der Staat müsse in erster Linie als großer Auftraggeber in Erscheinung treten. Als derartige Arbeiten nannte der Redner Straßenbahn, den Bau von großen Kraftzentralen, Schutzbauten zur Verhinderung von Hochwasserschäden, landwirtschaftliche Siedlungen, Heimstättensiedlungen und Schutzmaßnahmen für die Grenzbevölkerung. Das alte Finanzierungssystem durch Anleihe und Bankkredite müsse zu immer neuem Elend führen, daher müsse sich die Regierung in ausgeprägtem Maße auf ihr Geldschöpfungsrecht besinnen. Es käme nicht darauf an, ob der Umlauf durch Gold oder Silber gedeckt sei. Die Hauptsache sei, daß der Tatwille, der Wille des Volkes hinter dem Projekt stehe, was zu finanzieren ist. Während man auf der einen Seite einen Kredit gebe, würden die dafür aufgewandten Mittel sofort durch den geschaffenen Wert wieder gedeckt, namentlich, wenn man sich darauf beschränke, Werte zu schaffen, deren Produktivität außer Frage stehe. Während also das Programm Papen sowohl von der praktischen wie auch von der finanziellen Seite versagen müsse, könne durch das Programm der NSDAP. die Arbeitslosigkeit in verhältnismäßig kurzer Zeit erheblich vermindert werden.

15 Ballons zum Gordon-Benett-Flug gestartet

T.U. **Basel,** 25. Sept. In Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des Diplomatischen Korps und einer überaus großen Zuschauermenge erfolgte am Sonntag gegen 16 Uhr der Start zum 20. Internationalen Gordon-Bennet-Flug, an dem sich 15 Freiballons beteiligten. Deutschland ist mit dem Ballon „Deutschland", „Barmen" und „Stadt Essen" vertreten. Der vierte deutsche Ballon „Ernst Brandenburg" wurde den Oesterreichern überlassen. Als erster stieg um 15,59 Uhr die „Deutschland" unter den Klängen des Deutschlandliedes auf. Entsprechend der südwestlichen Windrichtung rechnet man damit, daß die Ballons nach Nordosten abgetrieben werden, so daß sie voraussichtlich in Deutschland oder in den Randstaaten landen dürften.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).
26)

Seine übrigen Patienten fanden ihn jetzt nicht mehr so gesprächig, so auf ihre großen und kleinen Sorgen eingehend. Aber sie sahen ihm das gern nach, wußten sie doch, daß sein blondes Töchterchen nun sein wichtigster Patient war. Man kann von niemand verlangen, daß ihm fremde Menschen näher stehen sollen, als sein eigen Blut.

Und dann kam eines Tages ein Herr aus Rosenheim, Kommissar Kornhuber. Der verlangte Fräulein Ursula Josephy zu sprechen.

Der Sanitätsrat pflanzte sich breitbeinig wie ein friderizianischer Wachtposten vor dem Zimmer seiner Tochter auf. Er setzte dem Beamten auseinander, daß Ursula nicht vernehmungsfähig sei.

Schließlich gestattete er Herrn Kornhuber wenigstens einen Blick in das Zimmer. Wahrscheinlich vermutete der Kriminalist ein hübsches kleines Lager von Dynamit und Nitroglyzerin in dem Krankengemach.

Die weiße, äußerst einfache und zweckmäßige Schleiflack-Einrichtung barg keinerlei Verdachtsmomente. Noch weniger das blonde, blasse Köpfchen Ursulas. Die Kranke schlief. Nach den Aufregungen und Enttäuschungen der letzten Tage war Schlaf die beste Medizin für sie.

Leise zogen sich die Herren wieder zurück.

„Wollen Sie mir nicht wenigstens sagen, worum es sich handelt?"

Der Kommissar machte nur Andeutungen. Im Kaisergebirge sei man einem Verbrechen auf die Spur gekommen. Im Interesse der Untersuchung habe man noch nichts verlautbart, aber die Behörden würden nun wohl oder übel eine andere Taktik einschlagen müssen. Vielleicht könne das Publikum wertvolle Hinweise geben, wo man den vermißten Rainer Vidor finde. . . .

Der Sanitätsrat hörte sich das alles geduldig mit an. Nun brauste er auf: „Was zum Kuckuck soll meine Tochter mit der verrückten Geschichte zu schaffen haben? Glaubt das Gericht etwa, sie habe einen Menschen um die Ecke gebracht?"

Die Adern auf der hohen Stirn des alten Haudegen schwollen bedenklich.

Kommissar Kornhuber beeilte sich, zu dämpfen: Ihr Fräulein Tochter steht nur mittelbar mit dem Fall in Verbindung. Sie ist von der Untersuchungsbehörde als wichtigster Zeuge in Aussicht genommen. Der Beschuldigte Kerkhoff — —"

Der Beamte schwieg plötzlich, wies sich selber zur Ordnung: „Sakra, jetzt hab ich schon mehr gesagt, als ich verantworten kann!" Und dem Sanitätsrat zum Abschied die Hand reichend: „Was ich da erzählte, bleibt selbstverständlich unter uns!"

Das wurde gern versprochen. Der alte Mediziner sah nicht aus wie ein Schwätzer, dem die Zunge zur Unzeit durchgeht. In dieser Hinsicht konnte der Herr Kornhuber beruhigt sein.

„Ich werde Ihnen fernmündlichen Bescheid geben, wenn meine Tochter vernehmungsfähig ist. Vorläufig müssen Sie ihr mindestens noch vierzehn Tage Ruhe gönnen. Eher lasse ich niemand an ihr Krankenlager."

Als der Kommissar gegangen war, eilte Dr. Josephy mit langen Schritten erregt in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Der Rauch seiner schwarzen Brasil zog in dicken Schwaden durch das geöffnete Fenster ins Freie. Von draußen grüßten die dunklen Tannenwälder Adelholzens herein, und das Trio Rausch- und Reifelberg sowie rechts anschließend der Hochfelln hielten treue Wacht am Horizont. Im Park des Sanatoriums lärmten die Stare, deren junge Brut nun schon kräftig mit einstimmte in den Chor der Alten. Der Sanitätsrat hörte es nicht.

Die Patienten pflegten in bequemen Liegestühlen der Ruhe oder promenierten mit gemessenen Schritten auf den geharkten Wegen im Schatten hoher Kastanien. Drüben auf der Dorfstraße pilgerten zwei der frommen Adelholzener Schwestern in ihren kleidsamen weißen Flügelhauben nach dem Kurhaus. Der Sanitätsrat sah es nicht.

Er war zu intensiv mit sich und dem „Fall Kerkhoff" beschäftigt. Wahrscheinlich hätte er es nicht einmal bemerkt, wenn ihm jetzt das Haus über dem Kopf eingefallen wäre. Himmelkreuzschockschwerenot, es war doch gleich zum Haare-Ausraufen, daß die Ursel in diese dreimal verfluchte Geschichte verwickelt werden mußte!

Wie hatte der Kommissar gesagt?

Die Behörden würden nun wohl oder übel eine andere Taktik einschlagen müssen. Das hieß mit anderen Worten: Man würde den Fall der Presse freigeben.

„Ursula in den Spalten der Zeitungen — in einem Atem genannt mit Erpressern, Halunken und sonstigen Verbrechern — —" stöhnte der Sanitätsrat, der ein patenter Kerl war und sehr gut in die Welt paßte, nur leider auch seinen kleinen Komplex hatte: eben den überspannten Ehrbegriff...

Dr. Josephy geriet ins Toben. Er hob die Fäuste und ließ sie gegen einen unsichtbaren Feind schlagen.

„Ich hab's dem Mädel gleich vorausgesagt, daß es mit diesem Schaumschläger Vidor kein gutes Ende nehmen wird! Da haben wir nun die Bescherung. Und wir alle werden mit in den Strudel gerissen."

Die Zigarre schmeckte ihm nicht mehr. Wütend feuerte er sie durch das Fenster. Unten wäre beinahe ein griesgrämiger, alter Berliner von dem funkensprühenden Glimmstengel getroffen worden. Er benützte die Gelegenheit, einen mordsmäßigen Spektakel zu vollführen.

„So 'ne Jemeinheit, am hellichten Tage mit Brandfackeln nach anständije Christenmenschen zu werfen! Bei diese Zustände soll man jesunden. Und für sowat bezahlt man sein teures Jeld! Aba wartet man; ick werde mir den Bombenwerfer kaufen!"

Dr. Josephy war nun doch aufmerksam geworden. Um den weiteren Redeschwall des Cholerikers nicht mehr mit anhören zu müssen, schloß er kurzerhand das Fenster.

Unten mußten die Schwestern ihre ganze Beredsamkeit aufbieten, um den Erbosten zur Vernunft zu bringen. Es war auch höchste Zeit, denn ihm strömte schon Verstärkung zu. Die Kurgäste des Sanitätsrats hatten sich in zwei Parteien gespalten, für und wider den „Bombenwerfer", den sie natürlich ganz genau kannten. Im ganzen Hause rauchte niemand weiter solche schwarze Importen, als der Chefarzt in höchst eigener Person.

Kurzum, der musterhafte, lautlose Betrieb war mit Erbitterung und übelster Laune geladen. Wenn der Herr Sanitätsrat in Zukunft nicht vorsichtiger mit seinen halb aufgerauchten Zigarren umging, konnte es passieren, daß er eines Tages mutterseelenallein in seinem schönen neuen Gesundheitspalast saß . . . Nervenkranke und Rekonvaleszenten aller Art bildeten nun einmal kein Publikum, das Spaß verstand . . .

Nur eine lag friedlich, von alledem nicht berührt, in ihren weißen Kissen und ließ sich mit viel Liebe und Geduld wieder aufpäppeln zur einstigen Jugendfrische: Ursula Josephy.

Sie lag so, daß sie die geliebten Berge der Heimat immer vor Augen hatte. Nach der Apathie der ersten Tage erwachten langsam, fast schüchtern, die Lebensgeister wieder. Und gar bald ließ sich Ursula nicht mehr im Zimmer halten. Sie erbat sich aus München einen ganzen Berg hübscher Sommerkleider, sie machte sich schön, was bei ihrer natürlichen Anmut kein Kunststück war, und mischte sich unter die Gäste ihres Vaters.

Von diesem Tage an kehrte die gute Laune im Hause des Sanitätsrats wieder ein. Nur aus Ursulas geplantem Ausflug zum nahen, auf schattigen Waldwegen erreichbaren Wallfahrtskloster Maria Eck durfte vorläufig noch nichts werden.

Der alte Herr hielt seine Tochter wie eine Gefangene. Das Personal war strengstens angewiesen worden, Ursula die Zeitungen der letzten Tage nicht in die Hände fallen zu lassen.

Seine Ueberängstlichkeit war unbegründet. Das blonde zarte Mädel hatte gar kein Verlangen nach irgendwelcher Lektüre. Am liebsten stiebitzte es im Garten nach Erdbeeren. Unbewußt wollte Ursula weiter nichts sein, als ein sorgloses, unkompliziertes Geschöpf, das nur den einen Wunsch hegte: Nicht denken zu müssen, einmal völlig isoliert von der Außenwelt zu sein

(Fortsetzung folgt.)